

BGE 72 III 71

Bundesgericht (BGE), 1946-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_72_III_71

FR: ATF 72 III 71

IT: DTF 72 III 71

Volltext

70 Sohubdbtreibungs. und Konkursrecht. N0 19. allen Hypotheken vorgehende Dienstbarkeitslast, die sich daher nicht ohnehin nach Art. 812 Abs. 2 ZGB bei der Verwertung ausschalten lässt. Die Abwehr dinglicher Lasten, insbesondere auch Pfandlasten, darf aber niemals unter Heranziehung des auf vorgehende Pfandforderungen entfallenden Erlöses geschehen. Das wäre ein unzulässiger Eingriff in die Vorzugsrechte der betreffenden Pfandgläubiger, die ja durch nachgehende Pfandlasten nicht berührt werden. Daran scheidet die angefochtene Steigerungsbedingung. Es kommt auch nicht in Frage, sie zu Lasten nachgehender Hypotheken bestehen zu lassen, da solche nicht vorhanden sind. Es kann offen bleiben, ob dies überhaupt angehe, ohne Rücksicht darauf, ob die nachgehenden Pfandgläubiger der Prozessführung durch die Masse zugestimmt hätten. Vollends verschlügt nichts die Andeutung der Vorinstanz, es fehle vielleicht im unverpfändeten Massevermögen an den Mitteln zur Begleichung dieses Prozessaufwandes. Es geht schlechterdings nicht an, hiezu vorweg auf den den vorgehenden Pfandgläubigern zukommenden Pfanderlös zu greifen. Der Kollokationsprozess liegt im ausschliesslichen Interesse der Kurrentgläubiger; daher steht für diesen Aufwand nur der allfällige Überschuss des Pfanderlöses zur Verfügung. Demnach erkennt die Schuldbetr. - !'.

Konkurskammer : Der Rekurs wird gutgeheissen und die Steigerungsbedingung Ziff. 18 aufgehoben. Sohubdbtreibungs- und Konkursrecht. N0 20. 71 20. Entscheldvom 27.

August 1946 i. S. Brunner. Zustellung der Betreuungsurkunden in der Betreuung gegen eine juristische Person oder eine Gesellschaft. Die Betreuungsurkunden können den in Art. 65 Abs. 1 SchKG als «Vertreter» genannten Personen auch ausserhalb des Geschäftslokals der betriebenen juristischen Person oder Gesellschaft (Art. 65 Abs. 2 SchKG) gültig zugestellt werden. Wird der «Vertreter» im Sinne von Art. 65 Abs. 1 SchKG in seiner Wohnung oder an dem Orte, wo er seinen Beruf ausüben pflegt, nicht angetroffen, so kann die Zustellung auch an eine zu seiner Haushaltung gehörende erwachsene Person oder an einen Angestellten erfolgen (Art. 64 Abs. 1 SchKG), und zwar selbst dann, wenn die betriebene juristische Person oder Gesellschaft ein Geschäftslokal besitzt. Notification des actes de poursuite en 008 de poursuite contre une personne juridique ou une BOCiet6. Las actas de poursuite peuvent etm valablement signifiees aux personnes que l'art. 65 al. 1 LP designe comme « representants », . . meme hors des bureaux de la personne juridique ou de la societe poursuivies. Si le « representant », dans le sens de l'art. 65 al. 1 LP. ne peut etre atteint A son domicile ni A l'endroit Oil il a coutume d'exercer sa profession, 180 notification peut se faire aussi A une personne adulte de son menage ou A un employe (art. 64 al. 1 LP), mame dans le cas Oil la personne juridique ou la societe possedent un bureau d'affaires particulier. Notif./ca degli atti 686CUtWi in 0080 d'68/ICUZione contro UM persona giuritlica 0 UM societd.. Gli atti esecutivi possono essere validamente notificati alle persone, ehe l'art. 65 cp. 1 LEF designa come « rappresentanti », anche fuori degli uffici della persona giuridica 0 della societA escuse. Se

il « rappresentante » a' seilsi dell 'art. 65 cp. 1 LEF non si trova al suo domicilio ne al luogo ove wole esercitare la BUa profes. sione, la notifica puo esser latta ad una persona adulta della BUa famiglia 0 ad uno dei suoi impiegati (art. 64 cp. 1 LEF). anche se la persona giuridica 0 la societA posseggono un ufficio commerciale proprio. Am 16. März 1946 stellte der Rekurrent beim Betrei- bungsamt Bern ein Betreibungsbegehren gegen die «Genossenschaft Schweiz. Gross- und Kleinviehhändler. mit Sitz in Bern, Präsident: Rektor Leuenberger, Handels- mann, Ursenbach ». Der Zahlungsbefehl wurde am 22. März 1946 im Tuchladen Rektor Leuenbergers dem dort tätigen volljährigen Sohne desselben, Walter Leuenberger. zugestellt; ebenso am 25. Mai 1946 die Konkursandrohung.

72 Schuldbetreibungs. und Konkursrecht. N° 20. Mit BeschwerA~ vom 4. Juni 1946 beantragte die Schuld- nerin, die Betreuung sei aufzuheben und das Betrei- bungsamt sei anzuweisen, ihr einen neuen Zahlungsbefehl zuzustellen. Sie machte geltend, die Zustellung der für sie bestimmten Betreuungsurkunden hätte gemäss Art. 65 Abs. 2 SchKG in ihrem Sekretariat an der Genfergasse 3 in Bern erfolgen sollen; ausserhalb dieses Bureaus hätten solche Urkunden dem Präsidenten Hektor Leuenberger. wenn überhaupt, nur persönlich zugestellt werden dürfen ; den an Wa,lter Leuenberger ausgehändigten Zahlungs- befehl habe Hektor Leuenberger nie erhalten. Die kanto- nale Aufsichtsbehörde hat die Beschwerde am 5. Juli 1946 geschützt. Diesen Entscheid zieht der im kantonalen Verfahren nicht angehörte Rekurrent an das Bundes- gericht weiter mit dem Antrag auf Abweisung der Be- sch)Verde. Die Bchulilbetreib'Ungs- 'li/nd Konkurskammer zieht in Erwägung : Hektor Leuenberger ist als Präsident unstr eitig Mit- glied des Vorstandes der betriebenen Genossenschaft. Er gehört also zu den Personen, an welche gemäss Art. 65 Abs. 1 Ziff. 2 SchKG Betreuungsurkunden zuhanden ,der Genossenschaft zugestellt werden' ,können. Art. 65 Abs. 2 SchKG, auf den die Schuldnerin und die Vorlnstanz sich berufen, sieht vor,, dass die Zustellung von Betreuungsurkunden nicht nur an die in Abs. 1 genannten Personen, sondern auch an andere Beamte oder Angestellte der betriebenen. juristischen Person oder Gesellschaft erfolgen kann, wenn die in Abs. 1 ge- nannten Personen in ihrem Geschäftslokal, d. h. im Geschäftslokal der juristischen Person oder der Gesell- schaft (BGE 57 III 48), nicht angetroffen werden. Da- durch wird die Zustellung im Geschäftslokal der juristi- schen Personen und der Gesellschaften erleichtert. Dass die Zustellung an juristische Personen oder an Gesell- schaften, die ein Geschäftslokal haben, rechtswirksam Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. N° 20. 73 nur an diesem Orte geschehen könne, folgt aus Art. 65 Abs. 2 SchKG jedoch nicht. In dieser Bestimmung liegt keine Einschränkung des in Art. 65 Abs. 1 SchKG aus- gesprochenen Grundsatzes. Betreuungsurkunden für die betriebene juristische, Person oder Gesellschaft können den dort als «Vertreter» erwähnten Personen also auch ausserhalb des Geschäftslokals der Betriebenen gültig zugestellt werden. Die ausserhalb dieses Lokals erfolgte Zustellung an einen dieser « Vertreter» bietet im allge- meinen mindestens gleich gute Gewähr dafür, dass die Urkunden in die richtigen Hände kommen, wie die Zu- stellung an einen untergeordneten Angestellten im Ge- schäftslokal. Bei Organisationen, die nicht im Handels- register eingetragen sind, und deren Geschäftslokal daher nicht aus diesem Register zu ersehen ist (vgl. Art. 42 Aha. 2 der Verordnung über das Handelsregister vom 7. Juni 1937), wäre es zudem für den Gläubiger bzw. das Betreibungsamt oft schwierig, das Geschäftslokal ausfindig zu machen. Demnach ist nicht zu beanstanden, dass das Betreibungsamt den streitigen Zahlungsbefehl und die streitige Konkursandrohung . an Hektor Leuen- berger gesandt hat. Wie schon in BGE 44 III 21 ff. festgestellt, enthält Art. 64 SchKG, der die Zustellung an natürliche Personen regelt, einen allgemeinen Grundsatz,

der, soweit nötig, die Bestimmungen des Art. 65 SchKG zu ergänzen hat. Wird der «Vertreter» im Sinne von Art. 65 Abs. 1 SchKG in seiner Wohnung oder an dem Orte, wo er seinen Beruf auszuüben pflegt, nicht angetroffen" so kann daher die Zustellung auch an eine zu seiner Haushaltung gehörende erwachsene Person oder einen Angestellten geschehen, und zwar nicht nur dann, wenn die betriebene juristische Person oder Gesellschaft (wie im Falle BGE 44 III 21 ff.) kein Geschäftslokal hat, sondern auch dann, wenn sie ein solches besitzt. Von den erwachsenen Hausgenossen und den Angestellten des «Vertreters» darf ebensogut wie von den in Art. 65 Abs. 2 SchKG erwähnten Ange-

74 Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No 21. sollten erwartet werden, dass sie die ihnen zugestellten Urkunden richtig weiterleiten. Die an Rektor Leuenberger als Präsident der betriebenen Genossenschaft adressierten Betreuungsurkunden durften daher in seiner Abwesenheit dem in seinem Laden tätigen Sohne Walter Leuenberger ausgehändigt werden. Ist der Zahlungsbefehl zulässigerweise an Walter Leuenberger zugestellt worden, so kommt für die Wirksamkeit dieser Zustellung nichts darauf an, ob dieser ihn Rektor Leuenberger übergeben hat oder nicht (BGE 47 III 82). Demnach erkennt die SchuW.betr. U. Konkurskammer: Der Rekurs wird gutgeheissen, der angefochtene Entscheid aufgehoben und die Beschwerde abgewiesen. 21. Sentenza 11 settembre 1948 nella causa Wiesel'. La pretesa del debitore aHa consegna di carte valori da parte d'un terzo non e un bene suscettibile di pignoramento ne di realizzazione. Il testatore non ha. il diritto di creare, mediante restrizioni imposte al diritto di disposizione del legatario, categorie di beni assolutamente o relativamente impignorabili non previste dalla legge. Ein Anspruch des Schuldners auf Herausgabe von Wertpapieren durch einen Dritten ist kein pfänd. und verwertbares Recht. Dem Erblasser steht nicht zu, durch Beschränkungen des Verfügungsrechtes des Vermächtnisnehmers neue, vom SchKG nicht vorgesehene Gattungen absolut oder relativ unpfändbarer Gegenstände zu schaffen. La droit qu'a le debiteur d'obliger un tiers a lui remettre des papiers-valeurs n'est pas un droit susceptible d'etre saisi ni realise. La testateur ne peut, en restreignant le droit de disposition du legataire, creer des categories de biens absolument ou relativement insaisissables non prevues par la loi. Bitenuto in fatto: A. - In alcune esecuzioni promosse contro Gustavo Lehmkuhl rUfficio di Zurigo I, richiesto da quello di Schuldbetreibungs- und Konkursrecht. No 21. 75 Lugano, pignorava, presso la Banca cantonale di Zurigo, obbligazioni fondiarie per un valore nominale di 13000 fr. emesse nel 1942, al 3,25 %. dalla Pfandbriefbank schweizerischer Rypothekarinstitute, e l'Ufficio di Lugano procedeva direttamente al pignoramento d'un credito di 637 fr. 30 posseduto dall'escusso verso la suddetta banca cantonale a dipendenza del libretto di risparmio n° 17801. La Banca cantonale di Zurigo notificava che i beni pignorati, di cui e amministratrice, sono gravati da un diritto di pegno di 2000 fr. e rappresentano un legato del defunto Oscar Rohte a favore dell'escusso, il quale non puo disporne prima del suo venticinquesimo anno di eta. Su domanda di creditori, l'Ufficio di Lugano ftssava pel primo giugno 1946 l'incanto dei suddetti beni. Tullio Caglioni, uno dei creditori precedenti, otteneva per 2500 fr. l'aggiudicazione dei beni staggiti che erano stati stimati 13669 fr. 80 (13032 fr. 60 le obbligazioni fondiarie e 637 fr. 30 il libretto di risparmio). Secondo il verbale, il funzionario incaricato dell'incanto aveva resa noto ai presenti quanto segue: « I valori messi in vendita sono depositati presso la Zürcher Kantonalbank, la quale ebbe a dichiarare che per disposizione testamentaria del fu Oscar Rohte, il legato a favore del debitore escusso Antonio Gustavo Lehmkuhl e costituito dai valori di cui sopra resta vincolato sino al compimento del 25° anno di eta di quest'ultimo. Inoltre esiste un diritto di pegno di 2000 fr. a favore della Polizia cantonale degli stranieri a

Bellinzona, diritto stato riconosciuto dai creditori precedenti. I valori di cui sopra vengono pertanto venduti a rischio e pericolo dell'aggiudicatario senza responsabilità e garanzia da parte dell'ufficio.» Tullio Caglioni compensava parzialmente il prezzo di 2600 fr. col suo credito in escussione. TI 24 giugno, l'Ufficio di Lugano mandava all'aggiudicatario la copia del verbale d'incanto e della lettera indirizzata quello stesso giorno alla Banca cantonale di Zurigo per informarla della vendita a Tullio Caglioni, « il quale

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.